

## 8 Punkte für eine Soziale Wende in Deutschland und Europa

### **Einstimmiger Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag zur Fraktionsklausur am 6. März 2018:**

1. Eine soziale Wende erfordert höhere Löhne, starke soziale Sicherungssysteme und bezahlbare Mieten: Wir fordern die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Wir wollen eine Arbeitslosenversicherung, die sich am Einkommen orientiert und vor sozialem Abstieg schützt, und eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung anstelle von Hartz IV. Alters- und Kinderarmut müssen wirksam bekämpft werden. Wir wollen ein Konzept der guten Arbeit durchsetzen und Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen wirksam einschränken und letztlich verbieten. Die alte Rentenformel muss wiederhergestellt werden, das Rentenniveau deutlich angehoben und der Riesterbetrug abgeschafft werden. Wenn alle Erwerbstätigen in eine Rentenkasse einzahlen, dann können die Renten deutlich angehoben werden. Mit diesem solidarischen System erhält in Österreich ein Durchschnittsrentner 800 Euro mehr als in Deutschland. Wir setzen uns für eine Deckelung der Mieten ein, um den massiven Mietenanstieg zu stoppen. Der Bund muss in sozialen, gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau investieren. Wir fordern die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung statt eines Systems der Zwei-Klassen-Medizin, den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung und eine Personalbemessung in der Pflege. Die Enteignung von Angehörigen von Pflegebedürftigen und die katastrophalen Zustände in der Pflege müssen beendet werden. Auch eine gute Integration erfordert einen starken Sozialstaat, der u.a. für mehr Schul- und Kitaplätze sorgt. Deshalb fordern wir eine soziale Offensive für alle hier lebenden Menschen.

2. Steuergerechtigkeit: Wir müssen das gigantische Vermögen der Superreichen stärker belasten und mittlere und kleine Einkommen spürbar entlasten. Mehr steuerpolitische Gerechtigkeit ist die Grundlage zur Finanzierung eines starken Sozialstaats und ausreichender öffentlicher Investitionen. Zusätzlich ist steuerpolitische Gerechtigkeit wirtschaftspolitisch sinnvoll, weil es mehr zahlungskräftige

Nachfrage schafft. Deshalb fordern wir die Einführung einer Millionärsteuer, eine stärkere und verfassungsfeste Besteuerung von großen Erbschaften sowie eine angemessene Besteuerung von Konzernen und die Austrocknung von Steueroasen. Dies erfordert Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen, Mindeststeuern für Konzerne in der Europäischen Union sowie Transparenz gegen Geldwäsche.

3. Öffentliche Investitionen statt Privatisierungen: Die öffentliche und soziale Infrastruktur wird seit Jahren kaputtgespart. Schulen und Straßen bröckeln, die Pflege und Gesundheitsversorgung bedürfen immenser Verbesserung. Höhere öffentliche Investitionen sind auch erforderlich, um den ländlichen Raum besser anzubinden sowie den Herausforderungen der Digitalisierung zu entsprechen.

4. Wir wollen eine andere Europäische Union, die Fortschritte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, junge Menschen, Rentnerinnen und Rentner bringt, statt ganze Volkswirtschaften ins Elend zu stürzen. Die Fixierung auf Wettbewerb, Freihandel sowie eine Rüstungs- und Militärunion ist fatal. Wir brauchen demokratische und sozialstaatliche Standards in Europa statt einer konzernfixierten EU. Dazu ist eine Initiative für eine grundlegende Änderung der Verträge für einen sozialen und friedlichen Neustart der EU nötig.

5. Wir setzen auf Ab- statt Aufrüstung und wollen Waffenexporte verbieten: Der Koalitionsvertrag dagegen enthält eine Aufrüstungsverpflichtung, die zu einer Verdopplung der Rüstungsausgaben auf über 70 Milliarden Euro führen würde. Wir wollen eine neue Entspannungspolitik in Europa. Frieden und Sicherheit ohne Russland kann es in Europa nicht geben. Wir setzen uns deshalb für die Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ein. Und wir wollen aus den militärischen Strukturen von NATO und EU austreten. Wir stehen auch weiterhin für eine konsequente Friedenspolitik und wollen die Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen zurückholen. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, das Sterben im Mittelmeer beenden und stehen für eine humane Flüchtlingspolitik.

6. Ökologie ist im Kern eine soziale Frage. Nicht nur, wenn es um Gerechtigkeit für den globalen Süden geht, sondern auch in Deutschland: Wir wollen eine ökologische und soziale Wende, von der alle profitieren können, unabhängig vom Einkommen. Nur so ist ökologischer Fortschritt gesellschaftlich nachhaltig. In der Diesellaffäre müssen die Konzerne gezwungen werden, die Kosten einer technischen Nachrüstung zu übernehmen. Wir wollen aus sozialen wie ökologischen Gründen einen kostenlosen attraktiven und flächendeckenden Nahverkehr in Deutschland einführen.

7. Demokratie, Bürgerrechte und Solidarität in der Gesellschaft stärken: Ein besseres Leben, die Teilhabe aller am Fortschritt, ist unser Anliegen. Aber Fortschritt in Wissenschaft und Technik, auch höhere Produktivität, setzen sich nicht ohne Weiteres in ein besseres Leben um. Wir wollen vielfältige Lebensweisen unterstützen, demokratische Rechte und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Profitinteressen ausbauen. Sozialer Fortschritt zum Wohle der Mehrheit muss sich in einer starken Demokratie durchsetzen können. Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, braucht es mehr Transparenz und direkte Beteiligung.

8. Entschlossen Demokratie verteidigen: Den Kampf gegen rechts können wir nur erfolgreich führen, wenn wir die grassierende soziale Spaltung in diesem Land zum Thema machen. Wir stehen konsequent gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hetze gegen den Islam und Menschen muslimischen Glaubens weisen wir zurück. Es gibt einen Zusammenhang zwischen sozialen Ausgrenzungsprozessen und der Zustimmung zu antidemokratischen Parteien und Bewegungen. Außerdem wird die besondere Bedeutung des Erdogan-Netzwerks als Bedrohung für Demokratinnen und Demokraten, Linke und Kurdinnen und Kurden unterschätzt. Wir fordern eine verstärkte öffentliche Sensibilität für das Thema und Solidarität mit den Betroffenen.

# Parteivorsitzende äußert sich zu aktuellen Entwicklungen in Syrien

*Katja Kipping, Vorsitzende DIE LINKE*

Syrien ist kein sicheres Herkunftsland und wer den Familiennachzug aus Syrien aussetzt, ist nur noch ein Unmensch. Schlimmer noch. Die Bundesregierung gab Erdogan grünes Licht für seinen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Kurden. Jetzt fahren brandschatzende und mordende Islamisten auf deutschen Leopard-2-Panzern durch die kurdische Stadt Afrin. Das ist ein schwarzer Tag für die deutsche Außenpolitik und beweist erneut, dass man einem Gewaltherrscher wie Erdogan nicht durch Beschwichtigung zum Einlenken bewegen kann.

Der jüngste schreckliche Bombenangriff im syrischen Ghouta, bei dem 17 Schulkinder und zwei Erwachsene in einem Luftschuttkeller mit einer bunkerbrechenden Rakete gezielt getötet wurden, ist ein unentschuldigbares Kriegsverbrechen und ein politisches Fiasko für die Waffenstillstands-Resolution des UN-Sicherheitsrats. Der UN-Sicherheitsrat ist daran gescheitert, die Menschen in Syrien zu schützen.

Ich fordere daher die UN-Mitgliedsstaaten auf, eine Dringlichkeitssitzung der UN-Generalversammlung einzuberufen. Diese

soll die Kriegsparteien auffordern, die unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Angriffe in Afrin und Ghouta zu beenden, sowie sofortigen und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu schaffen. Ich fordere von der Bundesregierung, dass sie sich ultimativ für ein Rückkehrrecht der vertriebenen Bevölkerung nach Afrin einsetzt und für sofortige humanitäre Hilfe sorgt. Die Bundesregierung muss endlich die völkerrechtswidrigen Annexionspläne von Erdogan in Syrien verurteilen.

## #Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

*MdL Kerstin Eisenreich*

### Strukturelle Missachtung des Ostens im GroKo-Vertrag

Mit großen Ankündigungen war der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff mit nach Berlin gefahren, um als Ministerpräsident aus dem Osten ein gutes Verhandlungsergebnis bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD für den Osten präsentieren zu können. Allerdings muss man bei Betrachtung des designierten Kabinetts und des Koalitionsvertrages nüchtern eine strukturelle Missachtung der Bedürfnisse der neuen Bundesländer und der in ihnen lebenden Menschen feststellen.

Für uns sind jedoch die Maßgabe gleichwertiger Lebensverhältnisse, der Ausgleich zwischen Wachstums- und abgehängten Regionen in Ost und West als Zeichen gelebter Solidarität, der Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge nach wie vor Schlüsselaufgaben einer der Zukunft zugewandten Politik.

Dazu sagte Andreas Höppner in der Aktuellen Debatte: „...Drängende Probleme in unserem Land werden überhaupt nicht angegangen und die ostdeutschen Bundesländer kommen im Koalitionsvertrag so gut wie nicht vor. Spezifische ostdeutsche Problemlagen und deren mögliche Lösungen werden völlig ignoriert und ausgeblendet. Es werden nur einige wenige substanz- und faktenlose Ankündigungen gemacht, und es entsteht der Eindruck, dass der Osten in der gesamtdeutschen Entwicklung weiterhin abgehängt bleiben soll. Selbst im Vergleich zum letzten Koalitionsvertrag schneidet der neue wesentlich schlechter ab, denn in Bezug auf den Osten werden keine Summen mehr genannt...“

### Berufsorientierung langfristig sichern

Die Landesregierung soll laut Antrag der Fraktion DIE LINKE aufgefordert werden, die dem Landeshaushalt ab dem Jahr 2018 jährlich zufließende Summe im Rahmen der 2016 beschlossenen Bundesentlastung für die Kommunen vollständig an die Kommunen weiterzuleiten oder diese Mittel für

eine gezielte und nachhaltige Entlastung der weiterhin angespannten kommunalen Finanzlage zu verwenden. Mit einer Einbehaltung der jährlich dem Landeshaushalt zufließenden rund 27,5 Mio. Euro enthält das Land den Kommunen eine explizit für sie gedachte Entlastung vor. Die große Mehrheit der anderen Bundesländer reicht die Bundesentlastungen weiter an ihre Kommunen. Einige Länder, wie bspw. Hessen verwenden sie für ein Kommunalentschuldungsprogramm. Auch Sachsen-Anhalts kommunale Familie kann von weiteren Anstrengungen zur Entschuldung der Kommunen profitieren. Die Kommunalentlastung dafür einzusetzen, wäre eine sinnvolle Verwendung der zusätzlichen Mittel. Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Finanzen sowie Inneres und Sport überwiesen.

### Cannabis legalisieren und vollständig entkriminalisieren

Dafür muss sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine grundsätzliche Änderung des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen. 2017 wurden in Deutschland rund 140.000 Strafverfahren wegen des Besitzes geringer Cannabismengen eingeleitet. Zu Verurteilungen kam es dabei eher selten. Konkrete Zahlen liegen jedoch noch nicht vor. Das bedeutet enorme Belastungen für Polizei und Justiz. Die dabei verwendeten Ressourcen der Strafverfolgungsbehörden ließen sich deutlich sinnvoller einsetzen. Anstatt Strafverfolgung seien gesundheitliche Aufklärung und Prävention notwendig. Der Jugend- und Gesundheitsschutz müssen verbessert werden. Außerdem soll die Landesregierung die Strafverfolgungsfreigrenze in Sachsen-Anhalt auf 30 g Cannabisbesitz anheben. Eine staatlich kontrollierte Freigabe schützt besser als ein Verbot, um dadurch dem organisierten Verbrechen die Kontrolle über den Markt zu entziehen. Über unseren Vorschlag diskutieren nun die Ausschüsse für Arbeit,

Soziales und Integration sowie Inneres und Sport.

### Kultur – Kürzungen für IMPULS-Festival zurücknehmen

2018 muss das IMPULS-Festival für Neue Musik mit deutlich weniger Landesförderung auskommen. Die Landesregierung wird aufgefordert, die geplanten finanziellen Kürzungen zurückzunehmen.

Das IMPULS-Festival für Neue Musik ist bundesweit einzigartig und wichtig für die Vermittlung zeitgenössischer Musik in Sachsen-Anhalt. Die unterschiedlichen Konzertformate des Festivals haben zu dessen Erfolg entscheidend beigetragen. Seit 2008 steigen die Zuschauerzahlen. Für und mit Jugendlichen und Schülern bietet IMPULS jährliche Musiktheaterprojekte. Für das breite Konzertpublikum sind Abonnementkonzerte der sieben an IMPULS teilnehmenden Orchester und für Studierende die Club-Konzerte mit dem MDR-Sinfonieorchester tragende Bestandteile des Festivals. Die drastischen Kürzungen würden zu einer Verringerung des Angebotes und damit das gesamte Festival gefährden.

### Mehr direkte Demokratie ermöglichen

Die Fraktion DIE LINKE brachte im Januar einen Gesetzentwurf ein, der zur Änderung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Volksabstimmungsgesetzes führen soll. Er soll der weiteren Stärkung und damit der Erleichterung direktdemokratischer Elemente Rechnung tragen. „Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid müssen deshalb erleichtert sowie durch das Einführen der direktdemokratischen Elemente der Einwohnerinitiative sowie des Verfassungsreferendums erweitert werden“, so der Wortlaut der Begründung. Im Januar fand der Entwurf keine Zustimmung. Bei seiner zweiten Beratung im März wurde unser Vorschlag in die Ausschüsse für Inneres und Sport sowie Recht, Verfassung und Gleichstellung überwiesen.

# Antrag zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes

Parallel zum Entwurf der Landesregierung brachte die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt zur letzten Landtagssitzung einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes in den Landtag ein. Dieser greift die Kritik der Fraktion DIE LINKE am Gesetzentwurf der Landesregierung auf und setzt eigene Akzente einer künftigen Kommunalverfassung in Sachsen-Anhalt. Im Rahmen eines Pressegesprächs wurde der Gesetzentwurf vom Fraktionsvorsitzenden Thomas Lippmann, der kommunalpolitischen Sprecherin Christina Buchheim und dem finanzpolitischen Sprecher Swen Knöchel vorgestellt.

Mit dem eigenen Entwurf zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes will die Fraktion DIE LINKE u.a. folgende Punkte umsetzen:

- Die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre;
- Die Möglichkeit, dass bereits 14-jährige Einwohneranträge unterzeichnen und sich an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beteiligen und sie selbst initiieren dürfen;
- Die Quoren für Einwohneranträge,

-begehren und -entscheide sollen deutlicher abgesenkt werden, als es die Landesregierung vorsieht;

- Die Rechte der kommunalen Mandatsträger sollen gestärkt werden, unter anderem im Hinblick auf die finanzielle und sächliche Ausstattung der Fraktionen und auf Weiterbildung;

- Das Instrument der Einwohnerversammlung soll gestärkt werden;

- Kinder- und Jugendrechte sollen gestärkt werden;

- Die Möglichkeit Stadtbezirke und Stadtbezirksräte in den kreisfreien Städten zu schaffen;

- Ortschaftsräte soll es auch zukünftig in Ortschaften mit bis zu 300 Einwohnern geben können.

Entschiedene Kritik übt die Fraktion DIE LINKE zudem daran, dass die Landesregierung im Schlepptau der Verbesserung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten gleichzeitig die Rahmenbedingungen für die kommunalpolitische Arbeit verschlechtern will und so die Möglichkeiten für eine bürgerfreundlichere Politik erheblich einschränkt. Die geplanten Änderungen des kommunalen

Haushaltsrechts, die einen Misstrauensbeweis der Landesregierung gegenüber den Kommunen darstellt, lehnen wir ab. Hier teilen wir den Widerspruch der kommunalen Spitzenverbände. Systemwidrig soll der Finanzhaushalt, also der Bereich, wo die Zahlungsflüsse veranschlagt werden, in die Genehmigung einbezogen werden. Die Kommunen investieren und tilgen Altschulden, dafür sollen sie bestraft werden. Dadurch wird sich die Zahl der in Konsolidierung befindlichen Kommunen erheblich erhöhen, Auch die kurze Leine, an die die Kommunen, die sich in Haushaltskonsolidierung befinden, gelegt werden, ist eine Aushöhlung kommunaler Selbstverwaltung. Hier gilt es Widerstand zu organisieren, dass im Gesetzgebungsverfahren entsprechende Änderungen erfolgen. Das zusätzliche Defizit können die Kommunen i.d.R. nur durch zusätzliche Einsparungen durch den immer weiteren Verzicht auf sogenannte „freiwillige Aufgabe“ erwirtschaften. Das ist eine weitere Entmündigung der Kommunen und das genaue Gegenteil von mehr Bürgernähe und einer Stärkung der Städte und Gemeinden.

## Erster Wahlkreistag von Eva von Angern und Thomas Lippmann in Schönebeck

Sabine Dirlich, DIE LINKE Schönebeck

Mit großer Freude haben wir Schönebecker in der letzten „Linken Zeitung“ über die Neueröffnung unsres Linke-Büros in Schönebeck berichtet. Unsere Freude hat aber nicht nur damit zu tun, dass die Landtagsabgeordneten Eva von Angern und Thomas Lippmann bereit sind, die Kosten für unser Büro mitzutragen.

Natürlich geht es uns vor allem darum, Ansprechpartner\*innen in unserer Region seitens der Landtagsfraktion zu haben und mit ihnen gemeinsam aktiv zu werden. Daran gemessen war unser erster Wahlkreistag mit den beiden Abgeordneten ein voller Erfolg. Im Mittelpunkt dieses Tages stand die Bildungspolitik. Ein naheliegendes Thema, ist doch Thomas Lippmann unser Sprecher im Landtag für diesen Politikbereich. Die Bildungspolitik, insbesondere der Lehrer\*innenmangel, ist derzeit ein beherrschendes Thema im Land.

Die Linkenpolitiker waren deshalb in der Maxim-Gorki-Schule zu Gast und haben dort mit der Schulleiterin Frau Bitterlich und einer ganzen Reihe von Lehrerinnen aktuelle Probleme diskutiert. Beklagt wurde unter anderem, dass in den



Wahlkreistag in Schönebeck

Sekundarschulen, wie auch anderswo, so wenige junge Kolleg\*innen die Teams verstärken. Für Thomas Lippmann ist das unverständlich. Auch, und vor allem deshalb, weil die Verantwortlichen in Sachsen-Anhalt die Zahlen und die Problematik dahinter seit langem kennen. Leider werden daraus keine Konsequenzen gezo-

gen, so das Fazit von Thomas Lippmann. Ein Problem ist für ihn die Ausschreibepaxis des Landes, die viel zu spezifisch, also viel zu sehr auf eine einzelne Schule und dort auf ein bestimmtes Fach ausgerichtet ist, sodass viele Bewerberinnen keine Chance haben und im Land gleichzeitig Lehrerinnen ohne Job sind.

An dem vorangegangenen Pressgespräch mit einem

Lokalredakteur der „Volksstimme“ nahm auf seinen Wunsch hin der Leiter der Larchenfeldschule Herr Weiner teil, dem daran gelegen war, eigene Fragen stellen zu können. Dass Bildung auch hier das Gespräch bestimmte, wird niemanden wundern. Auch die angesprochenen Themen waren die gleichen.



## Frauentag in Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende

Zum Internationalen Frauentag fanden in Schönebeck unterschiedliche Veranstaltungen statt, an denen sich auch unsere Genoss\*innen beteiligten. An der Veranstaltung zur Auszeichnung der „Salzlandfrau“, die diesmal in Schönebeck stattfand, und an der gemeinsamen Veranstaltung mit der IG Metall, der AWO und der SPD nahmen unsere Genossinnen teil. Zu einem Höhepunkt gestaltete sich am 8. März die Verteilung von Glückwunschkarten und einem kleinen Geschenk an die Frauen, überreicht durch unsere Genossinnen und Genossen. Dies fand auf dem Marktplatz in Schönebeck - Bad Salzellen, statt. Es gab die unterschiedlichsten Reaktionen. Überwiegend gab es Freude, dass man noch an den Frauentag denkt, manche Frauen waren



total überrascht, und wenige interessierte dieser Tag nicht mehr. Die Schönebecker Teilnehmerinnen, unter anderem auch von der IG Metall, die an der Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt teilnahmen, fanden diese Art der Würdigung der Frauen mit einem interessanten Programm und den aussagefähigen Reden sehr niveauevoll und bedankten sich bei den Organisator\*innen.

## Frauentag mit DIE LINKE. Saale-Wipper

Manfred Bölke, Sprecherrat DIE LINKE. Saale-Wipper

Am 8. März veranstaltete der Ortsverband der LINKEN. Saale-Wipper gemeinsam mit der Volkssolidarität Amesdorf bereits zum fünften Mal in Folge ihre traditionelle Frauentagsfeier im Amesdorfer Gemeindesaal. Dabei konnten auch zahlreiche Gäste aus der näheren Umgebung, sogar aus Alsleben und Neundorf mit einer roten Nelke von den Gastgebern begrüßt werden.

In seiner Begrüßung ging der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Saale-Wipper, Tobias Pochanke, vor allem auf das nun einhundertjährige Frauenwahlrecht ein: „Für die Demokratie war das Frauenwahlrecht vor einhundert Jahren ein Erfolg. Generationen hatten dafür gekämpft. Der Widerstand seitens der Gegner der Frauenbewegungen war im-

mens, der Glaube an die Minderwertigkeit von Frauen hielt sich hartnäckig. Es ist absolut unverständlich, wie Männer damals auf die Idee kommen konnten, dass Frauen nicht selbst auch politische Entscheidungen treffen könnten. Glücklicherweise ist diese Zeit überwunden.“

Bei Kaffee, Kuchen und anderen Köstlichkeiten kamen zahlreiche interessante Gespräche zustande, bevor dann um 18:00 Uhr ein rattenscharfes Programm der Bernburger Laienspielgruppe „Kabaratten“ die Anwesenden zum Lachen brachten.

Die Besucherinnen waren sich einig, dass der internationale Frauentag auch im kommenden Jahr wieder in einer solchen Atmosphäre begangen werden sollte.



Tobias Pochanke begrüßt die Gäste

## Internationaler Frauentag in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender

In Gemeinschaftsarbeit zwischen Ortsvorstand und Fraktion wurde dieser Tag in Staßfurt begangen. Am 8. März erhielten Frauen und Mädchen vor der Kaufhalle in Nord eine Rose und ein Argumentationsmaterial. Es gab viele herzliche Begegnungen und vor allem Freude darüber, dass noch jemand öffentlich an diesen Tag erinnert.

Am 9. März fand dann wiederum im Mehrgenerationenhaus der Volkssolidarität die gemeinsame Frauentagsveranstaltung statt. Mit einer herzlichen Einladung, gestaltet von Genossen Siegfried Mahlfeld, war geworben worden.

In der Begrüßungsrede an die mehr

als 40 Frauen und einigen Männern, erinnerte der Vorsitzende an das diesjährige Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht. Die aktuelle Diskussion und der Lebensalltag zeigen aber auch, dass es noch viel zu tun gibt in Sachen Gleichberechtigung. Frauen werden für ihre Arbeit im Durchschnitt 20 % weniger bezahlt als die Männer, leisten vor allem schwere Arbeit. Eine gleich schlechte Bilanz gibt es in der Altenpflege. Der Redner stimmte mit allen Anwesenden überein, dass wir keine Kriege brauchen. Dennoch werden aber von der neuen Regierung mehr Geld für die Rüstung verlangt. Es macht uns schon sehr betroffen, dass vor allem Frauen und Kin-

der unter den Kriegen leiden. Damit muss Schluss werden. Dazu muss Deutschland einen konkreten Beitrag leisten.

Bei Kaffee und Kuchen hergestellt und serviert von den fleißigen Frauen der Volkssolidarität wurden in geselliger Runde, bei vielen Gesprächen einige frohe Stunden verbracht. Einen wesentlichen Anteil hatte dabei auch unser Genosse Heinrich Bassüner mit seiner Musik und den Gesängen. Einige Paare schwangen auch das Tanzbein.

Ortsvorstand und Fraktion bedanken sich herzlich bei allen Beteiligten und versprochen die Wiederholung im kommenden Jahr.

## „Kaffee, Kuchen, Kabarett“ beim Bernburger Frauentag

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg

„Was wäre die Welt ohne Frauen?“ rief Josefine Lemke in den vollen Saal beim Frauentag in Bernburg. Bei der 4. gemeinsamen Veranstaltung dieser Art von LINKE, SPD, und DGB im großen Saal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe trat sie erneut in ihrer Rolle als Erna Schmidke-Hübenstein auf. Wie auch schon im letzten Jahr, sorgte sie wieder für beste Stimmung. Männer wurden ordentlich auf die Schippe genommen, Politiker durch den Kakao gezogen und eine Pointe jagte die nächste. Auch Gesangseinlagen fehlten in dem fast halbstündigen Programm nicht. Völlig zu Recht gab es wieder viel Applaus für die Humoristin aus dem Salzlandkreis.

Eröffnet wurde die Veranstaltung vom LINKEN Ortsvorsitzenden Jörg Lemmert, der sich u.a. bei den vielen ehrenamtlichen Helfern bedankte, die den gemeinsamen Frauentag seit Jahren ermöglichen. Außerdem wies er auf die Spendenaktion für die Kinderstadt Bärenhausen hin. In Spendendosen auf den Tischen konnten die Gäste das Bernburger Projekt unterstützen, wodurch am Ende knapp 100 € zusammen kamen.

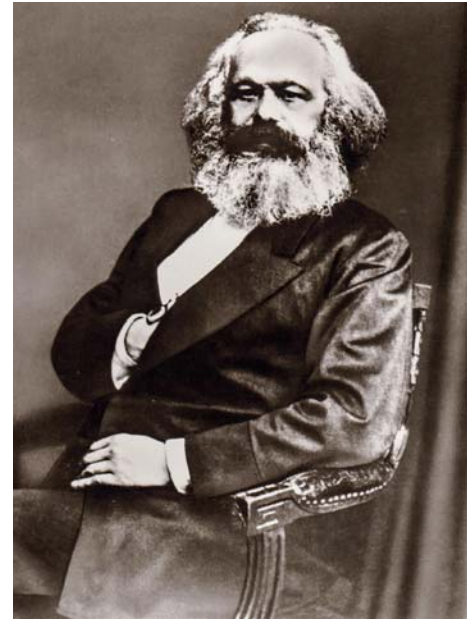
Auch Friedel Meinecke, als Ortsvorsitzender der SPD und des DGB, ergriff zu Beginn das Wort, um u.a. die andauern-

den Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Berufsleben zu kritisieren. Als Meilenstein für die Kämpfe der Frauenbewegung bezeichnete er das Frauenwahlrecht, das in diesem Jahr seinen 100. Jahrestag begeht.

Das Jubiläum des Frauenwahlrechtes stand ebenso im Mittelpunkt des Redebeitrages unserer Landesgeschäftsführerin Henriette Krebs. Sie schlug einen großen Bogen von dem hart erkämpften Recht der Frauen gleichberechtigt wählen und kandidieren zu dürfen bis hin zur heutigen Situation der Frauen in Deutschland und anderen Ländern der Welt. Die anwesenden Männer rief sie zu einem Perspektivwechsel auf: „Wie mag es sich anfühlen, für die gleiche Arbeit bis zu 20% weniger zu verdienen, immer auf das Äußere reduziert zu werden oder als Alleinerziehender einem ständigen Armutsrisiko ausgesetzt zu sein?“

Die Mischung aus inhaltlichen Ansprüchen, einem unterhaltsamen Programm und genug Zeit, um bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen, hat auch in diesem Jahr wieder wunderbar funktioniert. Keine Frage: Diese mittlerweile zur guten Tradition gewordene Veranstaltung wird es auch 2019 wieder geben.

## 200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf.“

## Leserbrief zum Thema weibliche Sprache

Sabine Dirlich, DIE LINKE Schönebeck

Immer wieder gerät die Diskussion über die Verwendung der weiblichen Sprache in den Medienfokus, und immer mal wieder treibt sie albernere Blüten als zuvor.

„Die deutsche Sprache verwendet seit 2000 Jahren das männliche Geschlecht als Kollektivbezeichnung“, so die höchst-richterliche Antwort auf die Frage, ob eine Frau nun Kunde oder Kundin ist.

Mal abgesehen davon, dass ich keine Idee habe, weshalb es für eine einzelne Frau einer männlichen Kollektivbezeichnung bedarf – 2000 Jahre deutsche Sprache?! Ist das noch Ignoranz oder schon Dummheit. Meines Wissens hat erst Luthers Bibelübersetzung vor etwa 500 Jahren eine Sprache hervorgebracht, die im gesamten deutschen Sprachraum verstanden werden konnte. Aber das nur nebenbei.

Haben Frauen wichtigere Probleme als eine geschlechtergerechte Sprache? Allerdings! Leider! Aber: Sprache ist verräterisch. Und Sprache ist Ausdruck des Denkens. Warum brauchte es denn Jahrhunderte lang keine weiblichen Bezeichnungen für den Arzt, den Bürger-

meister, den Politiker, den Wähler? Weil es schlicht und einfach keine Frauen in diesen Bereichen gab. Frauen kamen in der Sprache nicht vor, weil sie in der Gesellschaft nicht vorkamen. Weil sie nicht lernen, studieren, einen Beruf ergreifen oder auch nur wählen durften. Die ersten Frauen im Deutschen Reichstag durften sich als „weibliche Herren Abgeordnete“ betiteln lassen. Man(n) war offenbar komplett überfordert.

Das ist inzwischen zum Glück anders. Vielen Frauen ist es trotzdem nach wie vor egal, wenn sie mit männlichen Bezeichnungen angesprochen werden. Mir nicht! Es ist doch wohl ein Unterschied, ob „Sie“ eine Frau Professor, so die frühere Bezeichnung für die Frau eines Professors, oder ob sie Professorin ist.

Ich habe mir irgendwann angewöhnt bei Kollektivbezeichnungen nur noch die weibliche Sprachform zu benutzen. Und immer wenn ich gefragt wurde, ob ich tatsächlich nur die Frauen meine, das kam anfangs oft vor, habe ich geantwortet: Die Männer dürfen sich gerne mit genannt fühlen.

# Hilf mit!

Für gute Arbeit und gute Renten, für gute Gesundheitsversorgung für alle, für faire Bildungschancen und Frieden.

Deine Ideen,  
dein Engagement,  
deine Spende:

[spenden.die-linke.de](https://spenden.die-linke.de)

**DIE LINKE.**



# Rettungsdienst und Salzlandtheater – Zur Arbeit der Kreistagsfraktion

*Klaus Magenheimer, Fraktionsassistent*

## **Zu Besuch im Staßfurter Salzlandtheater**

Die Vorsitzende des Theaterfördervereins Bianca Görke und der Geschäftsführer Stephan Czuratis informierten die vier anwesenden Fraktionsmitglieder, unter ihnen die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich, Lothar Boese Aufsichtsrat der Bernburger Theater- und Veranstaltungs-gmbH sowie die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses Renate Meyer und Klaus Magenheimer über das umfangreiche Bemühen der vielen ehrenamtlichen Kräfte, das Haus durch Veranstaltungen für Jung und Alt zu einem beliebten Ort der Begegnungen und des Kunstgenusses zu gestalten. Obwohl als Spielstätte in der Stadt schon 70 Jahre aktiv, gilt es, in bewegter Zeit immer wieder neue Wege in der Veranstaltungstätigkeit zu gehen. Dies kann nach ihrer Auffassung in Zukunft nur durch die Umwandlung in eine gmbH gestaltet werden. Dazu bedarf es auch eines Beschlusses des Kreistages, für den während dieses Besuches gewor-

ben wurde. Unsere Fraktion war die erste, die eine Einladung zum Gespräch gefolgt ist. Durch die Umwandlung gibt es für das Haus und den Förderverein einen sicheren Status, die Mitglieder müssen nicht mehr für den Betrieb der Spielstätte haften, haben die Möglichkeit Kredite aufzunehmen und sind für mögliche Spender ein besserer Ansprechpartner.

Bei einem Rundgang wurden Teile des Hauses vorgestellt und über eingeleitete Veränderungen, z.B. beim Saalumbau und der Verlagerung der Technik lebhaft diskutiert. Die mehr als eine Stunde dauernde Begegnung endete mit dem Versprechen, dauerhaft in Verbindung zu bleiben.

## **Rettungsdienstgeschehen in breiter öffentlicher Debatte**

Während der Kreistagssitzung schilderte persönliche Erfahrungen mit dem Rettungsdienst und weitere Informationen waren für die Fraktion Anlass, sich in den letzten Tagen vor Ort mit dieser Problematik zu beschäftigen. Dabei kam

es auch zu einem aufschlussreichen Gespräch mit aktiv Wirkenden im Rettungsdienst. Die anschauliche Schilderung eines Dienstablaufes im Rettungswesen nahmen sie mit Hochachtung für die geleistete schwere und verantwortungsvolle Arbeit zur Kenntnis. Die anwesenden Mitglieder des Kreistages Christian Jethon, Vorsitzender des Gesundheits- und Sozialausschuss und sein Stellvertreter Ralf-Peter Schmidt nahmen das Gehörte zum Anlass, um festzulegen, dass sich der Fachausschuss in seiner nächsten Sitzung ganz konkret mit diesem Thema beschäftigen sollte. Die entsprechenden Tagesordnungspunkte wurden beantragt und zwischenzeitlich im Einvernehmen mit der Kreisverwaltung auf die Tagesordnung der Sitzung am 17.04. gesetzt. Der Landrat hat in einem Schreiben zugesichert, eine Mitteilungsvorlage für diesen Ausschuss und für den Kreistag am 2. Mai vorlegen zu wollen. Ebenfalls soll mit der Landtagsfraktion zu diesem Thema Verbindung aufgenommen werden.

# Aus der Bernburger Stadtratssitzung vom 08.03.2018

*Eberhard Balzer, stellv. Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Bernburg*

Im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden 36 Beschluss- und 8 Informationsvorlagen behandelt. Erwähnenswert sind:

Der Beschluss vom 19.12.2017 zum Abriss des Lohelandhauses ist noch nicht umgesetzt worden. Die Verwaltung erarbeitet z. Z. den Abrissantrag zur Entscheidung durch die obere Denkmalsbehörde.

Ein weiteres Parkhaus auf der Freifläche zwischen Rheine-Platz und Solvay-Villa wird aus Kostengründen nicht gebaut. Die Errichtung eines Parkplatzes wird von der BFG, einer Tochter der Stadt, übernommen. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung sieht für 75 Stellplätze, Baukosten von 230 000 Euro, vor. 130 000 Euro ist der Eigenanteil der BFG, 100 000 Euro werden als Darlehen von den Stadtwerken zur Verfügung gestellt. Für Dauerparker ist eine Gebühr von 40 Euro/monatlich vorgesehen. Bei einer Auslastung von ca. 85% gleichen sich Erlöse und Betriebskosten aus.

Immer mehr Jugendliche greifen zu verschiedensten Arten von Drogen. Daher scheint eine frühzeitige Aufklärungsarbeit notwendig. Der „Rückenwind e.V.“ Bernburg hat eine Konzeption für „Suchtprävention und niederschwellige

Angeboten für Suchtbetroffene“ erarbeitet. Für das Projekt „Anlaufstelle Aktive Drogenprävention“ sollen noch in diesem Jahr 53 000 Euro zusätzlich eingestellte Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Der Antrag des Trägers für die vorgesehene Maßnahme wird zur Beratung in den Jugend- und Sozialausschuss verwiesen.

Der Antrag der CDU-Fraktion die Kalistraße in Dr.-Helmut-Kohl-Straße umzubenennen wurde auf den Teil der Kalistraße zwischen Kreisverkehr Kustrenaer Straße und Olga-Benario-Straße präzisiert. Die Bevölkerung brachte ihren Unmut zum Ausdruck. Um die Mehrheit im Stadtrat zu erreichen, wurde die Anzahl der zu vergebenden Straßennamen mit Willi-Brandt-Straße und Hans-Dietrich-Genscher-Straße erweitert. Im Hauptausschuss zog unsere Fraktion ihren Änderungsantrag, mit dem Beschlussvorschlag eine Straße in einem neu zu erschließenden Wohngebiet als „Straße der deutschen Einheit“ zu benennen, zurück.

Im Stadtrat beantragte die Fraktion DIE LINKE einen Ergänzungsbeschluss, „Straße der deutschen Einheit“, in die Beschlussvorlage der CDU, SPD, FDP und BBG mit aufzunehmen.

Die Stadträte der Linksfraktion stimm-

ten bei 2 Enthaltungen gegen diese Vorlage, insgesamt fand sie aber eine große Mehrheit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, dass Frau Juliane Bäse auf Vorschlag der Linksfraktion sachkundige Einwohnerin im Haushalts- und Finanzausschuss wird.

Kritisiert wurde die Arbeit der Verwaltung, weil sie es versäumt hat, aus Zeitgründen die Ausschüsse in die Haushaltsberatung einzubeziehen.

Die Stadtratssitzung fand auch in diesem Jahr wieder zum Internationalen Frauentag statt. Der Oberbürgermeister versprach Besserung.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Stadtrat Bernburg (Saale)

# Ortsvorstandswahl in Bernburg

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende

Nach abgelaufener Amtszeit von 2 Jahren wurde in Bernburg ein neuer Ortsvorstand gewählt. Dazu wurde die 1. Ortsversammlung des Jahres am 21.03.2018 in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Bernburg genutzt. An diesem Abend waren 20 wahlberechtigte Genoss\*innen anwesend. Bevor es an die geplante Tagesordnung ging, wurde für die im letzten Jahr verstorbenen Genoss\*innen eine Schweigeminute eingelegt.

Der bisherige Ortsvorsitzende Jörg Lemmert, machte eingangs einen respektablen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des scheidenden Ortsvorstandes. Es wurden beispielsweise folgende Aktivitäten aufgeführt: Organisation und Teilnahme an der gemeinsamen Frauentagsfeier mit der SPD und dem DGB. Diese Veranstaltung wird seit einigen Jahren öffentlich sehr gut bewertet und genutzt. Ebenso wird die jährliche Veranstaltung am 1. Mai auf dem Bernburger Karlsplatz von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen, dort sind wir sowohl mit einem Info- und Kuchenstand vertreten, als auch mit der von uns organisierten und betreuten Hüpfburg für die Jüngsten. Auch werden im Ortsverband die sportlichen Aktivitäten nicht vernachlässigt. An den jährlich stattfindenden Kutterrudern und „Kicken gegen Rechts“ wird teilgenommen, die Erfolge schlagen zwar nicht zu Buche, aber „Dabei sein ist alles“! Der Ortsvorstand beteiligt sich an Spendenaktionen für die Bernburger Tafel und die



Der neue Bernburger Ortsvorstand

Kinderstadt Bärenhausen, liefert Beiträge für die Linke Zeitung und es werden monatliche Info-Stände durchgeführt, ebenso trifft sich der Ortsvorstand einmal im Monat zur Beratung. Dies ist nur eine kleine Auswahl an Aktivitäten und der Kreisvorsitzende Lothar Boese lobte die geleistete Arbeit des Ortsvorstandes, insbesondere die des Ortsvorsitzenden Jörg Lemmert, der den größten Teil der Organisation übernahm.

Bevor es an die Wahlurne ging, wurden die 3 Mitglieder, die aus dem Ortsvorstand ausscheiden, mit herzlichem Dank und einem kleinen Präsent bedacht. Alle anderen Vorstandsmitglieder stellten sich erneut zur Wahl, und es kamen wieder 3 Kandidat\*innen hinzu, was aus unserer Sicht sehr positiv zu bewerten ist.

Danach wurde eine Diskussionsrunde eröffnet, in der jedes anwesende Mitglied zu Wort kam. Es wurden die verschiedensten Themen angesprochen, z. B. von

Eberhard Balzer, der demnächst die BO Mitte als Vorsitzender übernehmen möchte, sowie von Carsten Marx, der langjährige Vorsitzende der BO Süd-Ost ist. Von beiden wurde die Altersstruktur unserer Mitglieder erwähnt. Außerdem gab Lothar Boese einen Einblick in die finanzielle Situation unseres Kreisverbandes, die als „gut“ zu bewerten ist.

Nachdem die jetzige, für unseren Wahlkreis zuständige MdL Doreen Hildebrandt eintraf, wurde das Wahlergebnis bekanntgegeben: Ortsvorsitzender ist wieder Jörg Lemmert, die Stellvertreter sind wieder Elke Rehmann und Maik Mingo. Weitere Mitglieder des Ortsvorstandes: Christine Bittner, Christine Pfeifer, Ralf Prozell, Reiner Grey, Karsten Noack, Klaus-Gunther Seyffert, Dieter Jakscha und Eberhard Balzer. Wir gratulieren allen gewählten Kandidat\*innen zu ihrer erfolgreichen Wahl und hoffen auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

MdL Doreen Hildebrandt besuchte unsere Veranstaltung etwas verspätet, da sie zuvor bei den Staßfurter Genoss\*innen einen Vortrag hielt. Die geplante Vorstellung ihrerseits im Bernburger Ortsverband war nicht mehr notwendig, alle Anwesenden kannten sie und ihre offene und zugängliche Art.

Ich möchte mich im Namen des alten Ortsvorstandes nochmals für die gute Zusammenarbeit bedanken und hoffe, dass es mit dem neuen Vorstand so gut weitergeht.

## LINKER Stammtisch in Staßfurt

Siegfried Mahlfeld, Mitglied im Ortsvorstand Staßfurt

Der LINKE Stammtisch in Staßfurt wird regelmäßig genutzt, um im Rahmen der Möglichkeiten, politische Bildung zu vermitteln bzw. um mit Fachleuten über wichtige regionale bzw. globale Themen ins Gespräch zu kommen.

Im März war die Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Doreen Hilderbrandt, zu Gast, um über das Problem des Fachkräftemangels in Sachsen-Anhalt zu sprechen - schließlich fehlen in den nächsten zwei Jahren rund 80.000 Fachkräfte und das bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit. Als wesentliche Ursachen nannte sie die Demografie, die Branchenstruktur, das Lohnniveau, mangelnde Karrierechancen, fehlende Freizeitangebote, unzureichenden ÖPNV sowie der geringe Bestand an freien Arbeitsplätzen. Hier sollte auch die LINKE

in den Stadt- und Gemeinderäten schwerpunktmäßig ihre Aufgaben sehen.

Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, dass derzeit durch Konjunktur und positive demografischer Entwicklung die Chancen auf dem Arbeitsmarkt so gut wie noch nie nach der Wende sind. Es gilt also nicht mehr der häufig in der Gesellschaft verhaftete Irrglaube, dass man sich, um seinen Arbeitsplatz zu behalten, angepasst verhalten muss, nicht zucken darf und froh sein muss, in einem Beschäftigungsverhältnis zu stehen, egal wie mies, geringfügig, befristet oder schlecht bezahlt es ist. Am Schluss ihrer Ausführungen wünschte sie sich, dass immer mehr Menschen aufstehen und sich miese Arbeitsbedingungen nicht mehr bieten lassen. Auch die Gewerkschaften müssten aus ihrer Schockstarre erwachen. Für sol-

che Aktionen wäre sicher der 1. Mai als Tag der Arbeit bestens geeignet.

Da in der anschließenden regen Diskussion, auf die Genossin Hildebrandt geduldig einging, von den Anwesenden auch das gescheiterte Schulsystem (Stichwort „Inklusion“) als eine Ursache für schlecht ausgebildete und ungenügend motivierte Lehrlinge ins Gespräch gebracht wurde, besteht nun der Wunsch, zu einem der nächsten Politstammtische den ehemaligen Vorsitzenden der Bildungsgewerkschaft GEW und jetzigem Landtagsmitglied der Linksfraktion, Thomas Lippmann, einzuladen.

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
April  
recht herzlich**

zum 89. Geburtstag  
Oskar Wohlgemuth

zum 88. Geburtstag  
Werner Schulze

zum 87. Geburtstag  
Hartmut Kegler

zum 85. Geburtstag  
Friedrich Schütz

zum 84. Geburtstag  
Horst Lippert  
Horst Wenk

zum 82. Geburtstag  
Brunhilde Hörig

zum 75. Geburtstag  
Heidmarie Baldamus

zum 70. Geburtstag  
Klaus-Dieter Magenheimer

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Leser\*innen, die im  
April Geburtstag haben.**



**Marx-Feier zum 200. Geburtstag**  
Am **04.05.2018 ab 14 Uhr** auf dem  
**Bernburger Karlsplatz**: Prominente  
aus Politik und Kultur lesen Marx,  
das Ensemble Theatrum spielt Marx,  
wir alle feiern Marx (für Essen und  
Trinken wird gesorgt).  
**Unbedingt vorbei kommen und  
weiter sagen!**

**Kommunalpolitische Klausur im  
Salzlandkreis**  
Am **02.06.2018 ab 10 Uhr** in der Som-  
merscheune in Bernburg-Aderstedt  
(Hauptstraße). Zusammen mit Gerald  
Grünert werden u.a. folgende The-  
men diskutiert: Kommunalabgaben  
und kommunale Gemeinschaftsar-  
beit. Anmeldung unter  
ktf@dielinke-salzlandkreis.de

**Kranzniederlegung  
zum Tag der Befreiung**  
Am **08.05.2017 um 17 Uhr** am  
Mahnmal auf dem Martinsplatz in  
Bernburg..

**DIE LINKE am 1. Mai  
im Salzlandkreis:**

**Bernburg:** DGB-Kundgebung auf  
dem Karlsplatz ab 10 Uhr.

**Schönebeck:** Traditionelles Fest auf  
dem Bierer Berg ab 11 Uhr.

**Staßfurt:** Politfrühshoppen am  
Löderburger See ab 10 Uhr; LINKER  
Aktionsstand beim  
5. Kirschblütenfest ab 10 Uhr.

**Aschersleben:** DGB-Kundgebung  
ab 10 Uhr auf dem Holzmarkt.

**Termine im „Linkstreff“  
Aschersleben**

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5)  
gibt es immer  
am 1. und 3. Montag im Monat  
von 15 bis 17 Uhr eine  
**LINKE Sprechstunde**  
und immer am 2. Montag im Monat  
das „Kaffee mit Links“.

**Olaf Scholz (SPD) will es so:**

**Hartz IV bleibt  
Armut per Gesetz!**

**DIE LINKE.**

**„Kaffee mit LINKS“ in Bernburg**  
Am **09.05.2018 ab 16 Uhr** gibt es die  
nächste Gelegenheit, im Bernburger  
Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen  
ins Gespräch zu kommen.

**„Frühstück mit LINKS“ in Bernburg**  
Am **28.05.2018 ab 10 Uhr** im  
Bernburger Bürgerbüro  
(Kleine Wilhelmstraße 2b).

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.  
im Kreistag Salzlandkreis**  
Die Kreistagsfraktion führt ihre  
nächsten Sitzung am **30.04.2018** um  
18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro  
durch. Bereits ab 16 Uhr wird es eine  
Bürger\*innensprechstunde mit Silvia  
Ristow geben.

**Sitzung des Kreisvorstandes**  
Der Kreisvorstand tagt wieder  
am **25.04.2018 um 18 Uhr** im  
Staßfurter Fraktionsbüro  
(Löderburger Straße 94).

**ClimatePartner<sup>®</sup>**  
**klimateutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde  
klimateutral auf Recyclingpapier  
gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste  
DLZ ist der 27. April 2018.  
Redaktionsschluss für diese  
Ausgabe war  
der 29. März 2018.**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-sl@t-online.de](mailto:dielinke-sl@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach  
Redaktionsschluss eingegangenen  
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht  
garantiert werden.